Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. - Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich einschließlich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. - Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. - Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. - Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 22 — Halle, 2. Juni 1928 — 4. Jahrgang

Um die große Koalition

Die Neubildung der Reichsregierung

Die Erörterungen über die Neubildung der Reichsregierung eilen den Ereignissen weit voraus. Zur Stunde sind die neu gewählten Abgeordneten nur in geringer Zahl in Berlin anwesend, so daß eine wirkliche Fühlungnahme nicht erfolgen kann. Sie hätte auch wenig Zweck, da der Reichspräsident die Parteiführer erst nach dem Rücktritt des jetzigen Kabinetts empfangen will. Vorher wird jedenfalls kein Auftrag an irgendeine Persönlichkeit erteilt werden. Ob dieses Verfahren richtig ist, mag strittig bleiben. Die Regierung ist noch im Amt, und Hindenburg empfindet wohl als taktvoll, solange mit der Neubildung zu zaudern, bis die Herren von selbst ihm ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben. Sachlich ist es nicht ganz unzweckmäßig, da man allgemein mit einer langen Dauer der Krise rechnet, die sich sehr wohl bis in den Juli hinein ziehen kann. Daß auf der Genfer Tagung keine verantwortliche deutsche Regierung vertreten ist, mag noch hingehen. Diesmal fehlen Briand und Stresemann, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert werden, sodann ist die Tagesordnung nicht gerade überwältigend. Es sind die üblichen Streitigkeiten zwischen Rumänien und Ungarn, zwischen Litauen und Polen, alles Dinge, bei denen unser Interesse durch Staatssekretär von Schubert wahrgenommen werden kann. Was aber drängt, sind die wirtschaftlichen Entscheidungen. Wir müssen endlich Klarheit darüber gewinnen, ob die Erhöhung der Eisenbahntarife bewilligt wird, die eine einschneidender Bedeutung werden können, und ferner die Forderungen einzelner Industrien, namentlich der eisenverarbeitenden, auf Erhöhung ihrer Preise. Beschlüsse können jetzt nicht gefaßt werden, weil eine Regierung in Liquidation nicht ihre Nachfolgerin binden darf.

Kombinationen

Es ist selbstverständlich, daß man sich in der Oeffentlichkeit mit der Frage beschäftigt, auf welcher Basis die künftige Politik Deutschlands geführt werden soll. Solange man sich dabei bewußt bleibt, daß es sich um theoretische Betrachtungen handelt, ist dagegen wenig einzuwenden, zumal es ganz gut ist, wenn das deutsche Volk durch seine berufenen Organe, die Zeitungen, seine eigenen Wünsche und Ansichten äußert. Nur hat es wenig Zweck, sich schon über Einzelheiten zu streiten oder in das Rätselraten über Persönlichkeiten einzustimmen, solange nicht die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Mit Sicherheit kann niemand heute sagen, ob es gelingt, die Große Koalition zu schaffen. Kräfte sind genug am Werk, um diese einzige tragbare Grundlage zu erzielen. Aber ebenso wenig darf man verkennen, daß sich auch die Widerstände regen. Sie in ihrer Wirkung abzuschätzen, ist vorläufig unmöglich. Erfahrungsgemäß hängt alles von taktischer Geschicklichkeit und persönlichen Einstellungen ab. Deshalb hat auch die Frage, was geschehen soll, wenn eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei nicht erreicht werden kann, vorläufig keinen praktischen Wert. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß wir eines Tages vor diese Frage gestellt werden, die dann Antwort heischt. Ob eine Ablehnende darauf gegeben werden kann, ist zweifelhaft. In diesem Falle wäre die Auflösung des Reichstags vermutlich der Weisheit letzter Schluß. Das auszusprechen, erscheint uns nötig, damit sich gewisse Kreise klar darüber werden, welches gefährliche Spiel sie treiben. Wir wissen allerdings sehr wohl, daß im bürgerlichen Lager einzelne Elemente dieses Ende mit Schrecken geradezu herbeisehnen, weil sie glauben, im Trüben fischen zu können. Darauf rechtzeitig hinzuweisen ist unbedingt erforderlich.

Der Kampf in der Sozialdemokratie

Schon jetzt zeigt sich klar genug, daß die Sozialdemokratie nicht nur verstärkt, sondern auch radikalisiert in den Reichstag zurückkehrt. Namentlich gilt das vom Freistaat Sachsen, in dem ja auch schon vor dem Kriege der linke Flügel seine besten Positionen besessen hat. Hätten die Kommunisten eine Niederlage erlitten, so wäre es vermutlich den Führern leicht gewesen, diese Widerstände zu brechen. Heute aber, wo die kommunistische Fraktion mit 4 statt 45 Mandaten in den Wallothau einzieht, übt sie unweifellos eine erhöhte Anziehungskraft auf den linken Flügel der Sozialdemokratie aus. Ein Blick in die Blätter dieser Richtung, wir erwähnen nur Dresdner und Leipziger Volkszeitung, lehrt, daß mit diesen Kreisen schwer zu arbeiten sein wird. Sie haben auch schon den Antrag gestellt, den Parteitag einzuberufen, um dort gegen jede Gemeinschaft mit bürgerlichen Parteien Sturm zu laufen. Darüber wird man sich am 6. Juni in Köln auseinandersetzen müssen. Die Tagung des Parteiausschusses in der Reichshauptstadt kann für unsere innere Politik geradezu entscheidend werden. Wie sich das Kräfteverhältnis zurzeit gestaltet, wissen wir nicht. Wenn man sich aber daran erinnert, daß Hermann Müller und Wels schon um die Wende von 1926 zu 1927 bei dem Versuch, die Große Koalition herbeizuführen, gescheitert sind, wird man die Schwierigkeiten jetzt nicht unterschätzen. Es kommt alles darauf an, ob sie die Schwankenden mit sich reißen. Trotzdem sind dann nicht alle Gefahren behoben. Es ist sehr wohl denkbar, daß sie, um überhaupt für diese Politik eine Mehrheit zu erzielen, erhebliche sachliche Zugeständnisse machen müssen. Schon jetzt verlautet, daß ihre Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, sowie auf finanziellem für die Nachbarparteien schwer tragbar werden. Werden sie überspannt, so haben jene Kreise der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die nur sehr widerwillig ein Bündnis mit der Linken eingehen würden, den gewünschten Vorwand, um die ganzen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Man braucht Müller-Franken um die Aufgabe, die ihm hier erwächst, nicht zu beneiden.

Die Deutsche Volkspartei

Wir halten es für angebracht, auf die Hemmungen hinzuweisen, die von Herrn Scholz und seinen Freunden ausgehen. Es ist kein Geheimnis, daß sie durch die Vorgänge des letzten Jahres nicht sonderlich viel zugelernt haben. Ihre Liebe zu den Deutschnationalen ist noch nicht erloschen. Ob sie die Kraft haben, ihren Willen durchzusetzen, ist eine andere Frage. Es kommt schließlich auf eine Machtprobe zwischen ihnen und den Liberalen in der Partei an, wobei die Erkrankung Stresemanns sich als ein Minus herausstellen wird. Er selbst wäre wahrscheinlich in der Lage, auf dem Parteiausschuß durch seinen Namen und seine Beredtsamkeit eine Mehrheit hinter sich zu bringen. Einen anderen, der die gleiche Ueberzeugungskraft besitzt, kennen wir nicht. Wiel hängt natürlich von der Haltung der Sozialdemokraten ab. Sind sie, wie der Vorwärts am Sonntag ausführte, bereit, durch Verzichtleistungen die gemeinsame Arbeit zu fördern, so wird Herr Scholz wohl oder übel die Große Koalition mitmachen müssen. Anders kaum. Ein kritischer Punkt ist dabei Preußen. Die Volksparteiler haben den dringenden Wunsch, auch dort in die Regierung einzutreten, wogegen sich wenig sagen läßt, obwohl die Landtagsfraktion in ihrer Zusammensetzung weit mehr nach rechts neigt, als die im Reichstage. Es ist nicht undenkbar, daß hier eine Parteikrise heraufbeschworen wird, von der man nur wünschen kann, daß sie die seit langem dringend notwendige Klärung auch tatsächlich bringt.

Liberale Arbeitsgemeinschaft

Ein Berliner Blatt hat in diesen Tagen behauptet, daß die liberale Arbeitsgemeinschaft bereits auf dem Wege sei und dabei besonders betont, daß der Gedanke in der Deutschen Volkspartei Wurzeln gefaßt habe. Das erscheint uns etwas voreilig. Eine solche Arbeitsgemeinschaft kommt nur zwischen den Fraktionen in Betracht, die zurzeit noch gar nicht vorhanden sind. Wenn die deutschnationale „Berliner Börsenzeitung" höhnt, die Volkspartei werde sich nicht mit dem sinkenden Schiff der demokratischen Partei belasten, so ist das bewußte Querreiberei, die der Angst entstammt. Verloren haben alle bürgerlichen Gruppen. Die Strömung war ihnen nicht günstig, und die Schuld daran trägt Herr von Keudell mit seinen Kollegen, die den nötigen Wind gemacht haben. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn man ruhig und sachlich dieses Problem betrachtet. So wie die Dinge liegen, werden Deutsche Volkspartei und Demokraten im Reichstage kaum noch zur Geltung kommen. Der Volksparteiler kann erst nach dem Kommunisten das Wort ergreifen, und die Demokraten, falls sich die Wirtschaftspartei noch mit irgendwelchen Splittern verbindet, nach dieser. Auch der Zusammenschluß der Bauerngruppen, der offenbar bevorsteht, würde sie um eine Stelle in der Rednerliste zurückdrängen. Das ist reichlich unerfreulich. Bei einer Arbeitsgemeinschaft würde jedoch der Sprecher noch vor dem Zentrum auf der Tribüne erscheinen, ehe die allgemeine Zusammenfassung abgestumpft ist. Es hätte aber auch taktisch einen großen Vorzug. Die Sozialdemokratie muß dann mit beiden gemeinsam verhandeln. Man wäre also im Reich und in Preußen dann von selbst auf dem Weg zur Großen Koalition, oder hätte, wenn diese scheitern sollte, dann die Möglichkeit, gemeinsam vor die Wähler zu treten und durch Listenverbindung zu verhindern, daß wieder wie diesmal wichtige und bedeutende Abgeordnete in ihren Kreisen — wir erinnern nur an Freiherrn von Richthofen und Brodauf — unterliegen. Daß in weiten Kreisen des Bürgertums eine starke Stimmung für eine solche Annäherung vorhanden ist, geht auch aus der Presse hervor. Blätter, wie die „Kölnische Zeitung", wie die „Düsseldorfer Nachrichten" oder die Vossische, sind unter dem Eindruck des 20. Mai dafür eingetreten. Es ist nicht undenkbar, daß schon in nächster Zeit irgendetwas in dieser Richtung geschieht.

Krise in der deutschnationalen Partei?

Aus einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" geht hervor, daß Graf Westarp die Absicht hat, die Führung der Deutschnationalen niederzulegen. Man könnte ihm einen solchen Entschluß nachfühlen, denn seine Politik hat ein völliges Fiasko erlitten. Es scheint aber, als ob es sich hier um eine Demonstration handelt, und er eine Vertrauenskundgebung herausfordern will. Das wird in einem Schlußsatz angedeutet, wonach er bereit wäre, eine neue Betrauung anzunehmen. Wir selbst stehen diesen Dingen kühl und abwartend gegenüber. Unser Interesse an einer Gesundung dieser Partei ist sehr gering. Es erscheint auch besser, wenn sie ihre Entwicklung allmählich durchmacht und an ein Ziel gelangt, das ihr Männer wie Treviranus oder Lindeiner-Wildau stecken. Solange aber Leute vom Schlage des Oberfinanzrats Bang oder Hugenbergs in ihren Reihen fechten, hätte auch ein Wechsel in der Führung gar keinen Sinn. Sie wird eines Tages auseinanderbrechen müssen, weil sie unvereinbare Gegensätze in sich birgt. Das durch eine neue Leitung zu verhindern, entspricht nicht dem Nutzen der Republik.

Die Sozialisten Frankreichs

Der Sozialistische Parteitag in Toulouse hat ergebnislos geendet. Man hat zwar einstimmig eine Entschließung angenommen, aber gerade das beweist, daß man die Gegensätze nur überbrückt, nicht ausgeglichen hat. Der linke Flügel unter Faure mußte auf ein Zusammengehen mit den Kommunisten verzichten, wofür der rechte unter Paul-Boncour und Renaudel die Kampfansage gegen das Kabinett Poincaré hingenommen hat. Es ist das ein Erfolg der hinreißenden Beredsamkeit Leon Blums, der ungefähr in der Mitte steht. Praktisch läuft es darauf hinaus, daß sich die Sozialisten wieder ausschalten, während Poincaré selbst bereit schien, sie in sein Kabinett hinzunehmen. Hoffentlich wirkt dieser Fehler nicht als Beispiel auf die deutschen Sozialdemokraten zurück.

Italien und Jugoslavien

Der Balkan ist heute genauso wie früher eine Gefahrenzone Europas. Die Kabinette in Belgrad und Rom mögen noch so eingehend miteinander verhandeln, um eine Lösung der albanischen Frage herbeizuführen, die Volksleidenschaft bricht sich immer gewaltsamere Bahn. Dabei hat es keinen Zweck, die Schuld zu verteilen. Was sich in Belgrad ereignet hat, ist gewiß nicht zu verteidigen. Die diplomatischen Gebäude sind international geschützt. Jede Demonstration dagegen zwingt die eigene Regierung zu Genugtuung und Entschuldigung. Auf der anderen Seite kennen wir das herausfordernde Verhalten der Fascisten, die ja eben erst in Innsbruck zur Feier des Kriegseintrittstages auf dem Konsulat die Flagge gehißt und damit dort Unruhen hervorgerufen haben.

Richard May.

Demokraten und Wahlergebnis

Schwächung der Mitte.

Im „Demokrat", dem offiziellen Mitteilungsblatt der Deutschen Demokratischen Partei wird geschrieben:

Die Sieger im Wahlkampf sind die sozialistischen Parteien und die neuentstandenen Interessengruppen. Die sozialistischen Gruppen zusammen gewinnen rund an 1 875 000 Stimmen. Die Bauernpartei, die Wirtschaftspartei, die Aufwertungsgruppen und die übrigen Splittergruppen haben 1 320 000 Stimmen mehr als 1924. Demgegenüber verliert die Rechte, wenn man den geringen Gewinn der Völkischen vom Gesamtverlust der Deutschnationalen in Abzug bringt, 1 370 000 Stimmen, und der Verlust der vier Mittelparteien beträgt 1 395 000 Stimmen.

In dieser Feststellung liegt die eigentliche Bedeutung des Wahlergebnisses, die in der großen demokratischen Presse leider fast gar nicht zum Ausdruck gekommen ist: Die Mittelparteien haben zwar prozentual nicht so stark verloren wie die Deutschnationalen; ihr Gesamtverlust ist aber absolut genommen fast ebenso hoch. Die Größe des deutschnationalen Verlustes wird überschätzt, weil er mandatsmäßig besonders stark in Erscheinung tritt infolge des selbständigen Vorgehens mehrerer Landbundgruppen. Wir werden aber nach Zusammentritt des neuen Reichstags vermutlich sehr bald bemerken können, wie die drei Landbundparteien, die bei den Reichstagswahlen getrennt vorgingen, wieder Anschluß bei den Deutschnationalen finden. Die Deutschnationalen bleiben unbestritten die zweitstärkste Partei. Sie haben eine längere Regierungszeit freilich mit dem Verlust von 24 Mandaten bezahlen müssen. Das sind aber noch immer nicht 25 Prozent ihres bisherigen Bestandes. Wenn man in Betracht zieht, daß die Deutschnationalen in erster Linie für den Regierungskurs verantwortlich waren, so hätte man den Verlust wohl höher veranschlagen können. Daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280602-13/fragment/page=0001

daneben Zentrum und Bayerische Volkspartei zehn Mandate, die Deutsche Volkspartei, trotzdem die Presse aller Parteien bei Geburtstag und Krankheit ihres Parteiführers umfangreiche Propagandaarbeit für sie leistete, immerhin noch sechs Mandate verlor, ist auffallend genug.

Noch auffallender aber ist, daß die Deutsche Demokratische Partei, obgleich sie in Opposition zu dem herrschenden System stand, gleichfalls eine schwere Einbuße erlitt. Die Wähler haben keinen Unterschied gemacht zwischen Mittelparteien und Rechtsparteien; sie haben auch keinen Unterschied gemacht zwischen oppositionellen und regierenden Mittelparteien. Sie haben sich darauf beschränkt, „radikal" zu stimmen und haben, soweit sie nicht mit dem sozialistischen Stimmzettel demonstrierten, für irgendeine Partei votiert, die ihrem speziellen Einzelinteresse besonderes Entgegenkommen verhieß. Sowohl die Wirtschaftspartei, als auch die verschiedenen Aufwertungsgruppen haben relativ viel Stimmen an sich zu ziehen vermocht, wenn ihre Hoffnungen auch keineswegs voll erfüllt worden sind.

Vom Standpunkt der Deutschen Demokratischen Partei aus liegt kein Grund vor, das Wahlergebnis irgendwie zu feiern. Der Rückgang der demokratischen Stimmen um rund 21 Prozent ist eine schwere Enttäuschung, insbesondere deshalb, weil die Politik der Partei in den letzten Jahren klar und zielsicher geführt wurde, und weil die Stimmung im Wahlkampf in beinahe allen Teilen des Reiches bei den Parteianhängern schwungvoll und zuversichtlich war. Die Demokraten haben vielleicht niemals so durchweg zugkräftige und in allen Schichten angesehene Spitzenkandidaten gehabt, wie bei dieser Wahl. Sie sind auch, gewarnt durch ungünstige Ergebnisse bei verschiedenen Landtagswahlen, **früher als sonst an die Wahlvorbereitung gegangen.** Irgendwelche besonderen Hemmnisse oder Erschwerungen entstanden auch während des eigentlichen Wahlkampfes nicht. Wenn trotzdem die Partei 150 000 Stimmen weniger erhalten hat als selbst im Mai 1924, also einem **wesentlich ungünstigeren Zeitpunkt, so zwingt das zu ernstester Prüfung der Lage unserer Partei.**

Sicher haben Wirtschaftspartei, Aufwertungs- und Bauerngruppen in Gemeinschaft mit den zahllosen Splitterparteien eine ganze Anzahl demokratischer Stimmen abgezogen. Sie wiederzugewinnen, wird verhältnismäßig einfach sein. Eine gleich maßlose Zersplitterung wird sich wohl so leicht nicht noch einmal wiederholen; die Volksrechtpartei aber wird mit nur zwei Mandaten notwendig aktionsunfähig bleiben, und die Wirtschaftspartei demonstriert, sobald sie Gelegenheit erhalten hat, sich zu betätigen, ihr Versagen auch breiteren Wählerkreisen, wie sich jetzt in Sachsen und Thüringen gezeigt hat, wo ein erheblicher Rückgang der Wirtschaftspartei zu beobachten ist. Aber der demokratische Verlust kann allein durch diese Abwanderung nicht erklärt werden. Es gibt eine ganze Reihe von Wahlkreisen, in denen z. B. auch die Wirtschaftspartei verloren hat und in denen dennoch ein großer Rückgang der demokratischen Stimmen festzustellen ist. Wir erinnern hier nur an Berlin, wo die Wirtschaftspartei ihr einziges Mandat verlor und wo dennoch ein Rückgang der demokratischen Stimmen um beinahe 60 000 Stimmen eintrat. Es liegt klar zu Tage, daß hier die Wähler zur Sozialdemokratie abgewandert sind. Wir wollen heute noch kein abschließendes Urteil fällen und begnügen uns mit der Frage, ob das Feiern republikanischer Siege, wie es in manchen Teilen der Partei und in einem Teil der Presse üblich war, nicht sehr stark auf unsere Kosten gegangen ist. Hat der Wähler noch irgendeinen Maßstab für die Notwendigkeit unserer Partei, wenn die demokratische Presse bei sozialdemokratischen Erfolgen jubelt, obgleich die demokratische Partei zu den geschlagenen Gruppen gehört? . Wir sind leider nicht berechtigt, von den sozialdemokratischen Wählermassen zu sagen „Dein Volk ist mein Volk", denn die von diesen Massen gewählten Abgeordneten gehen im Parlament ihre eigenen, uns keineswegs immer sympathischen Wege.

Nein, wir sagen es noch einmal: Wir können den 20. Mai nicht zu den glücklichen Tagen rechnen. Wir sind der Meinung, daß der Mißerfolg der Demokraten sich auch in der Politik der nächsten Jahre unheilvoll auswirken wird. Denn **wenn die Sozialdemokratie mehr als die Hälfte der Stimmen in einer Regierungskoalition innehat, so wird das die Politik** voraussichtlich wenig günstig beeinflussen. Die Große **Koalition wird kommen,** weil es keine andere Regierungsmehrheit gibt als sie, **aber sie wird unter ungünstigeren Auspizien kommen,** weil die Sozialdemokratie mehr als sechsmal so viel Mandate besitzt als die Demokraten. Der Schwerpunkt ist wieder nicht nach der Mitte gerückt; sie, die durch die Abwanderung von den Deutschnationalen hätte gestärkt werden müssen, ist statt dessen noch weiter geschwächt worden. Die Rechte hat bisher den Sozialisten in die Hände gearbeitet. Wird in den nächsten Jahren eine siegestrunkene radikale Sozialdemokratie nicht vielleicht wieden den Deutschnationalen Wähler zutreiben?

Das flache Land und der 20. Mai

Es ist für jede Parteiorganisation nach vollzogener Wahl notwendig wie zugleich reizvoll, die Wahlstatistik einer sorgfältigen Durchsicht zu unterziehen. Die trockenen Ziffern werden dem Politiker lebendig und reden eine eindringliche Sprache. Das gilt in besonderem Maße von den agrarischen Stimmen und dem Verhältnis der für eine Partei in den Städten und auf dem Lande abgegebenen Stimmen. Solche Feststellungen sind nicht nur für die organisatorische Parteiarbeit wertvoll, sondern auch auf die agrarpolitische Tätigkeit einzelner Parteien von großem Einfluß.

Das hiernach sich bei einer Ueberprüfung der Abstimmung des Landvolkes ergebende Bild ist trotz des Auftretens vieler Splitterparteien, die das Ergebnis verfälschen, für alle großen Parteien umso beachtenswerter, als das Beharrungsvermögen der ländlichen Bevölkerung in politischen Dingen im allgemeinen recht groß ist. Es mag daher für die Deutschnationale Volkspartei besonders schmerzlich sein, daß der Rückgang ihrer Stimmen auf dem Lande meist noch viel stärker als in den Städten ist, wie z. B. in ihren Hochburgen Pommern, Ostpreußen und Frankfurt-Oder. Daran hat auch der Trick nichts geändert, mit besonderen bäuerlichen Listen vorzugehen, um so die Abwanderung der enttäuschten Wähler einzudämmen. Bei der Deutschen Volkspartei ist die Entwicklung der Stimmenzahl in Stadt und Land ziemlich homogen, in einigen Bezirken Oselbiens hat sie sich auf dem Lande besser behauptet, in Ostpreußen sogar auf Kosten der Deutschnationalen etwas gewonnen. Das Zentrum hat sich in den Landbezirken ziemlich behauptet, während die Wirtschaftspartei auf dem Lande zum ersten und vermutlich zum letzten Male den anderen bürgerlichen Parteien Stimmen abnehmen konnte.

Aufschlußreich ist auch die Entwicklung der ländlichen Wählerzahlen bei den Demokraten. Von den drei Wahlkreisen, die entgegen der sonstigen Entwicklung gegenüber 1924 ihre Stimmen gehalten und sogar noch Gewinne zu verzeichnen haben, sind zwei Kreise, Pommern und Ostpreußen, rein agrarisch. Und unter den übrigen Verlustkreisen sind es gerade die überwiegend agrarischen, wie Hannover-Ost, Frankfurt-Oder, Potsdam I, deren Verluste längst nicht so stark sind wie die vorherrschend städtischen und industriellen Bezirke. In Schlesien ist das Bild insofern verzerrt, als die diesmal dort auf die Deutsche Bauernpartei gefallenen — und übrigens in Preußen völlig verlorengegangenen — Stimmen bei der nächsten Wahl wieder der Demokratischen Partei, woher sie zum großen Teil stammen, zufallen werden. Im übrigen hat sich eine intensive Aufklärungsarbeit von demokratischer Seite auf dem flachen Lande stets gelohnt, und schlechte Stimmergebnisse sind dort fast immer auf organisatorische Mängel zurückzuführen. Die Deutsche Demokratische Partei ist mit der von ihr im letzten Reichstag getriebenen Agrarpolitik auf der rechten Wege. Daraus wie aus den zutage getretenen Mängeln ihrer ländlichen Organisation ergeben sich zwingend Schlußfolgerungen für die kommende Parteiarbeit.

Die parteipolitische Einstellung der Frauen

Nunmehr liegen auch über die Heidelberger Wahle die statistischen Unterlagen über die getrennte Abstimmun zwischen Männern und Frauen vor. Aus den Wahlen i Heidelberg ergibt sich, daß bei Annahme einer aleiche Gesamtzahl abgegebener gültiger Stimmen für beide G schlechter auf 100 Wähler entfallen: bei der Sozialdem kratischen Partei 77,75 Wählerinnen, bei der Deutschnati nalen Volkspartei 118,75, Zentrumsparteiei 181,24, Deutsc Volkspartei 108,55, Kommunistische Partei 61,26, Dem kratische Partei 99,69, Linke Kommunisten 50,20, Wirtschaf liche Vereinigung des Badischen Mittelstandes 90,7, Deutsche Bauernpartei 74,12, Völkisch-Nationaler Bl 104,03, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpart 81,73, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 69,35 Volksrechtspartei 149,14, Unabhängige Sozialdemokratisc Partei 127,06, Christlich-Soziale Reichspartei 147,64, Al Sozialdemokratische Partei 105,90, Deutscher Reichsblock d Geschädigten 81,92.

Auch durch diese Darlegungen werden die bisherige statistischen Ergebnisse bestätigt, die dahin gehen, daß f die Sozialdemokraten und Kommunisten und die Nationo sozialisten bedeutend weniger Frauen als Männer abg stimmt haben, daß aber andererseits das Zentrum fa sehr stark auf seine weiblichen Wähler stützt, die in fa doppelt so großer Zahl als die männlichen Wähler zur Urn gingen. Auch die Deutschnationale Partei hat als Wähl mehr Frauen als Männer, wobei wohl rein gefühlsmäßi Momente den Ausschlag gaben. Von der Demokratische Partei sind Männer und Frauen nahezu gleich stark ve treten.

Briefkasten der Redaktion

Thale. Sie haben recht. Wir sind natürlich machtlo

Schermen. Der Arbeitslohn ist grundsätzlich in Höhe v 45 Reichsmark pro Woche und ein Drittel des Mehrberag unpfändbar; dieses Drittel erhöht sich jedoch nach d Zahl der Unterhaltsberechtigten bis auf zwei Drittel. B Unterhaltsforderungen der Verwandten und des Ehegatte sind sowohl Gehalt als Lohn unbeschränkt pfändbar.

Magdeburg. 1. Schöffengericht — Berufung Groj Strafkammer — Revision Oberlandgericht. 2. Ist uns nic bekannt, auch aus dem Adreßbuch nicht zu entnehmen.

K. L. Diese Frage scheint doch allgemein geklärt u bekannt zu sein. Der Kellner hat auf Grund des m dem Gastwirt geschlossenen Dienstvertrages einen Anspru auf Zahlung des zehnprozentigen Bedienungszuschlags natürlich nur gegen den Gast. — K. ist weder in Halle no auf der Reichsliste der Wirtschaftspartei gewählt.

Genthin. Wir sind anderer Ansicht. Nach §§ 4, 10 Ziff. des Postscheckgesetzes sind Verpfändung von Postscheckgu haben unzulässig. Erkundigen Sie sich bei einem A walt.

Schafft kleine Wahlkreise!

Die Wähler wollen Persönlichkeiten.

Aus dem Ergebnis der Zersplitterungswahlen des 20. Mai sind nicht nur für die Demokraten, sondern auch für die anderen Parteien, die verloren haben, notwendige Folgerungen zu ziehen. Eine Konsequenz ist jetzt schon klar erkennbar: Mit dem bisherigen Wahlsystem geht es nicht weiter. Die Aenderung des Wahlrechtes muß kommen. Sie wird, darüber soll man sich nicht täuschen, keineswegs leicht sein. Eine Fülle von Problemen tut sich auf, und die einzelnen Probleme werden sehr genau studiert werden müssen. Das aber läßt sich auch schon jetzt erkennen, daß nämlich unbedingt kleinere Wahlkreise geschaffen werden müssen. Das liegt im Interesse der Wähler und das liegt schließlich auch im Interesse der Abgeordneten, die nicht damit rechnen können, daß ihre Persönlichkeit und ihre Arbeit in den jetzigen riesigen Wahlkreisen bekannt wird. Die kleineren Wahlkreise sind noch nicht das Allheilmittel. Aber wenn wir jetzt eine vernünftigere Wahlkreiseinteilung gehabt hätten, so wäre eine derartige Zersplitterung, wie diesmal, bestimmt nicht eingetreten. Die Psychologie des Wählers darf nicht länger verkannt werden. Es ist eine durchaus gesunde und und demokratische Auffassung bei den Wählern vorhanden, wenn sie denjenigen, den sie wählen sollen, auch persönlich kennen lernen wollen. So entsteht auch eine engere Fühlungnahme zwischen Wählern und Gewählten, und es ist mit Recht auch von Zentrumsseite darauf hingewiesen worden, daß das augenblicklich geltende Wahlrecht dem Radikalismus zugute kommt, während die bürgerliche Mitte sich entweder verärgert zurückzieht oder aber ihre Kräfte in Splitterparteien erschöpft und damit politisch einflußlos wird.

*

Was gerade für die Demokraten bedeutet, wenn die Wähler ihren Abgeordneten kennen, das zeigt das jetzige Wahlergebnis sehr deutlich. Hamburg ist zwar ein Riesenwahlkreis, aber einer derjenigen Kreise, in denen die Abgeordneten sich mit den Wählern wenigstens noch einigermaßen bekannt machen können. Johannes Büll ist in Hamburg bekannt, und der Erfolg war, daß die Demokraten hier einen Zuwachs verzeichnen konnten, und daß die Wirtschaftspartei hier nicht gewann, wie in so vielen anderen Orten, sondern zurückgegangen ist. Der hamburgische Mittelstand, die Gewerbetreibenden Hamburgs wissen, daß ein Mann wie Büll sich ihrer Interessen nachhaltig annimmt und weil sie das wissen, deshalb haben sie ihn gewählt.

In Pommern, dem anderen Wahlkreis, in dem die Demokraten gewinnen konnten, ist es nicht viel anders. Hier hat der Demokrat Lemmer weder Zeit noch Mühe gescheut, um mit so vielen Wählern wie nur irgendmöglich, bekannt zu werden. Der Erfolg? In Kolberg wurden für ihn 2570 Stimmen gegen 2077 im Jahre 1924 abgegeben. Die Wirtschaftspartei hatte 1924 in Kolberg noch 1590 Stimmen, sie ging diesmal zurück auf 1220 Stimmen. Der Grund liegt klar zu Tage. Das Vertrauen des Mittelstandes in Ernst Lemmer war größer, als das Vertrauen auf die leeren Versprechungen der Wirtschaftspartei. Ja, diese persönliche Arbeit erwies auch, daß die Demokraten durchaus in der Lage sind, auf dem Lande Erfolge zu erringen. Das ist in Pommern geschehen. Orte, in denen 1924 noch höchstens fünf Stimmen für die Demokraten abgegeben wurden, zählten jetzt 120 demokratische Stimmzettel. Im Landkreis Kolberg-Körlin gewannen die Demokraten 1000 Stimmen. In Treptow an der Rega konnte Ernst Lemmer die Stimmen mehr als verdoppeln. In Köslin, in Stadt und Land Greifenberg, im Landkreis Saatzig, überall dasselbe Ergebnis.

Was sich so bei den Reichstagswahlen gezeigt hat, trat viel deutlicher hervor bei den Landtagswahlen. In den kleineren Landwahlkreisen waren die demokratischen Abgeordneten bekannt. Der Hofbesitzer Tantzen konnte im Landteil Lübeck 1924 2019 Stimmen auf sich vereinigen. Diesmal waren es 2773. Dasselbe Bild in Württemberg. In Tübingen kandidierte von den Demokraten Scheef, der dort allgemein bekannt ist. Der Erfolg zeigte sich dadurch, daß in Tübingen bei den Landtagswahlen gegenüber 2143 Stimmen im Jahre 1924 jetzt 2785 Stimmen abgegeben wurden. Charakteristischer als diese Zunahme aber ist noch ein anderes. Für den Reichstag wurden rund 300 Stimmen auf die demokratische Liste weniger abgegeben, als für den Landtag und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil in dem Riesenwahlkreis Württemberg die Spitzenkandidaten der demokratischen Partei sich einfach nicht so bekannt machen können, wie das die demokratischen Landtagskandidaten tun konnten. Diese wenigen Beispiele können beliebig vermehrt werden. Sie zeigen aber mit zwingender Notwendigkeit, daß die Wähler Männer und Frauen wählen wollen, die ihr persönliches Vertrauen genießen.

Die Politik der Demokraten hat keine Niederlage e litten. Das Programm der Demokraten hat keinen Wide stand gefunden. Die Gründe der Verluste müssen im ei zelnen noch erörtert werden. Die Wähler wollen Demokrate wählen — aber sie müssen sie kennen. Ein Programm i gut, es ist aber nicht genug. Und gerade vom demokratische Standpunkt haben wir zu beachten und uns dessen zu freuen daß der Wähler einer Persönlichkeit vertrauen will. Darum Schafft kleine Wahlkreise!

Politische Notizen

Verfassungstage als Nationalfeiertage.

Angesichts der Annahme des Reichsrats-Antrages, de 11. August, als Nationalfeiertag zu erklären, ist es nich ohne Interesse, daß in der Mehrzahl der Staaten der Wel fassungstag auch Nationalfeiertag ist. In Dänemark ist de 5. Juni als Tag der Verfassung zum Nationalfeiertag erklärt worden. Auch das Königreich Belgien hat eine Nationalfeiertag, und zwar den 31. Juli. Das war de Tag, an dem im Jahre 1831 der erste König der Belgie den Eid auf die Verfassung leistete. Die älteste Verfassun haben die Schweizer zu feiern. Nationalfeiertag ist bei ihne der 1. August, der Tag der Gründung der Eidgenossen schaft im Jahre 1291. In Oesterreich ist der Tag der Ver fügung der neuen Verfassung, der 12. November, als ge setzlicher Feiertag eingeführt.

Die neue Stimmen-Verteilung im Reichsrat.

Nach den Wahlen des 20. Mai ist mit Sicherheit daran zu rechnen, daß eine Umbildung einer Reihe von Länder regierungen erfolgt. Demgemäß werden auch die Instruktionen an die Reichsratsvertreter anders lauten, und es ist kein Zweifel, daß die Länder, die bisher eine Rechtspolitik vertreten haben, in Zukunft im Reichsrat eine Mehrheit nicht mehr zusammenbringen werden. Sowohl die vier Stimmen Württembergs, als auch die Stimme Oldenburgs werden in Zukunft kaum gegen eine Reichsregierung der Großen Koalition abgegeben werden. Selbst wenn die preußischen Provinzen, die bisher nicht immer der preußischen Regierung entsprechend gestimmt haben, ihr Verfahren fortsetzen sollten, so ergibt sich selbst für diesen Fall, daß mindestens 58 Stimmen gegen höchstens 23 stehen werden. Damit ist also eine Zweidrittel-Mehrheit für verfassungsändernde Ge setze im Reichsrat gegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280602-13/fragment/page=0002

...erns verfassungswidriges Wahlgesetz

Die Ungleichheit der Wähler.

...u der Meldung, daß die Wirtschaftspartei Einspruch Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben habe, ...aß ein solcher Einspruch nach der kürzlich beschlossenen ...digkeit des Bayerischen Staatsgerichtshofes für solche ...n wohl kaum in Betracht kommt, wird von unter...er Seite mitgeteilt, daß die Meldung in dieser Form ...tig ist. Die Wirtschaftspartei hat nicht beim Staats...shof für das Reich selbständig Einspruch erhoben, ...n sie ist, wie übrigens auch noch andere Parteien, dem ...ge der Fraktion der freien Vereinigung und der ...ischen Landespartei der Deutschen Demokratischen Par...r schon vor jener Zuständigkeitsänderung gestellt war, ...streitgenossin zur Unterstützung der Kläger beige-

...ach den allgemeinen Normen des Prozeßrechtes kann ...ch ein Zweifel an der Zulässigkeit dieses Vorgehens ...wenig bestehen, wie darüber, daß die Zuständigkeit ...taatsgerichtshofes des Reiches durch die „Rückwirkung" ...m Beschluß auf Erweiterung der Zuständigkeit des ...ischen Staatsgerichtshofes beigelegt wurde, nicht be...werden kann. Es handelt sich um eine Entrechtung ...**Wählerkreise**, die, beruhend auf gewissen Bestimmun...es Bayerischen Landeswahlgesetzes, sich gerade bei der ...n Wahl in einem Maße ausgewirkt hat, die der Ge...er weder vorausgesehen noch gewollt haben kann.

...Bei der Wahl vom 20. Mai 1928 haben in runden ...n an Stimmen im ganzen Lande erhalten: Deutsche ...kratische Partei 107 000, Deutsche Volkspartei 110 000 ...chaftspartei 111 000.

Während die Deutsche Demokratische Partei nur um ...Stimmen weniger hat, als die Deutsche Volkspartei, ...Wirtschaftspartei dagegen sogar um 1000 Stimmen ...erhielt nun auf Grund jener Bestimmungen von ...erhielt nun auf Grund jener Bestimmungen von diesen ...Parteien n u r e i n e eine Vertretung im Landtage, und ...nicht etwa diejenige, die die meisten Stimmen aufge...hat, sondern die an zweiter Stelle stehende, die ...che Volkspartei, diese allerdings gleich mit vier Abge...ten, während die beiden anderen Parteien, wie ge...leer ausgehen. Der Grund dieser Ungerechtigkeit liegt ..., daß das Bayerische Landeswahlgesetz zur Bekämp...der Parteizersplitterung einen vollkommen untauglichen ...eingeschlagen hat.

Da die Zahl der Landtagsabgeordneten fest umgrenzt ist ...innerhalb der Gesamtzahl den acht einzelnen Wahl...n je ein bestimmter Teil dieser Gesamtzahl zugeteilt ...ie einzelnen Teilzahlen jedoch derartig verschieden sind, ...z. B. die Oberpfalz 10, Oberbayern aber 21 Abgeord...hat, so ergibt sich, daß durch die Teilung der auf die ...iedenen Listen gefallenen Stimmen durch die Zahl der ...betreffenden Wahlkreis zukommenden Abgeordneten zur ...eines Abgeordneten in einem Wahlkreise eine ganz an...Wählerzahl erforderlich ist, als in dem anderen. Dies ...zu so krassen Unterschieden, daß z. B. in Niederbayern ...Partei für einen Abgeordneten bei der letzten Wahl ...26 Stimmen brauchte, während eine Partei in Mittel...en, um ihren Abgeordneten gewählt zu sehen, 32 293 ...men benötigte. Auf die Wahlkraft des einzelnen Wahl...tigten bezogen, bedeutet das nichts anderes, als daß ...niederbayerischer Wähler mit seiner Stimme für die ...mmensetzung des Landtags das eineinhalbfache Gewicht ...mittelfränkischen Wählers in die Wagschale zu werfen ...ag — eine Rechtsungleichheit, die sicher nicht etwa durch ...menschlichen Qualitäten der Wähler im einen und im ...ren Bezirk gerechtfertigt wird.

Solche Zustände sind mit der in der bayerischen und ...er Reichsverfassung festgelegten Gleichheit des Wahl...s nicht vereinbar. Dieses Unrecht, das allenfalls noch ...glich sein mag, wenn es sich nur auf einen einzelnen ...ordnetensitz beschränkt, ist nun durch die Bestimmung ...Landeswahlgesetzes ins nahezu Ungemessene ver...ert: Darnach nämlich kann eine Partei ihre sogenannten ...stimmen", d. h. diejenigen Stimmen, mit denen sie ...der Wahlmeßzahl der einzelnen Wahlkreise keinen Sitz ...ngen hat, nur dann bei der Verteilung der sogenannten ...tsitze" verwerten, wenn sie im eigenen Wahlkreis min...ns einen Sitz errungen hat. Wenn dazu in einem ...kreise nur zwei Drittel der Wählerstimmen gehören, ...im anderen Wahlkreis, ist es rechnerisch möglich, daß ...Partei an 200 000 Stimmen im ganzen Lande erhalten ...trotzdem keinen Abgeordnetensitz errungen haben kann. ...end eine andere mit 21 826 Stimmen einen Abgeord...t hat. Durch diese Zusammenhänge schlägt das heutige ...rische Wahlrecht auch dem Begriffe der Verhältniswahl ...Gesicht.

Da nach früheren Entscheidungen des Staatsgerichts...s des Reiches anzunehmen ist, daß seine Entscheidung ...n lauten wird, daß diese Bestimmungen mit der baye...en und der Reichsverfassung unvereinbar sind, hat ...bayerische Landtag nach Erhebung der Klage auf Ent...dung zum Reichsstaatsgerichtshof seine Zuständigkeit für ...itigkeiten dieser Art festzusetzen gesucht in der Weise, ...er der neuen Zuständigkeit Rückwirkung bis vor den ...der Erhebung jener Klage verleihen wollte. Nach ...e Rückwirkung unmöglich. Da der bayerische Staat sich ...gesamten Rechtsprechung und Rechtswissenschaft ist eine ...ber natürlich nicht im Unklaren ist, hat er jedoch seine ...mpfung des Antrages vor allem auf einen anderen ...teinwand gestützt, der bisher im Verfassungsrechts...t einzigartig dastehen dürfte: denn es dürfte noch ...t dagewesen sein, daß sich ein Staat gegenüber seinen ...tsbürgern darauf beruft, daß sein eigenes Gesetz rechts...irksam sei.

Der gegenwärtige Zustand ist so unbefriedigend, daß ...n weitesten Kreisen, nicht bloß der außerbayerischen, ...ern auch der bayerischen Wählerschaft als unmöglich ...unerträglich empfunden wird, so daß auf Anrufung ...Reich verpflichtet wäre, gemäß Artikel 13 der Reichs...ssung die Frage der Entscheidung eines obersten Ge...hofes des Reiches vorzulegen. Es ist gewiß zu wün..., daß die Gefahr einer so bedauerlichen Erneuerung ...erer Streitigkeiten zwischen Reich und Bayern ge...t wird.

Ein interessantes Dokument

Wilhelm II. und Stöcker

Kaum ein Mann des öffentlichen Lebens hat so sehr Laune und Treulosigkeit des ehemaligen Kaisers zu spüren bekommen wie Adolf Stöcker — freilich war sein unentwegtes Eintreten für Hohenzollerntum und Monarchie in jenen Jahren, da er mit Waldersee und dem jungen Prinzen Verbindung gefunden hatte, nicht frei von partei- und machtpolitischer Eigennützigkeit gewesen. Wie immer man Stöckers politisches Wesen und Wirken beurteilen mag, die menschlich unschöne und rücksichtslose Weise, mit der in der Mitte der neunziger Jahre Wilhelm II. den vordem verehrten und gepriesenen Mann fallen ließ, bedeutete schon je und je einen üblen Zug in seinem Wesen.

Dr. Walter Frank, ein junger Münchener Historiker, hat soeben im Verlag R. Hobbing in Berlin die erste wissenschaftliche Gesamtwürdigung der merkwürdigen Erscheinung Stöckers gegeben — was vorher über den Mann vorlag, war entweder Apologetik oder Polemik. Das Werk ist gründlich gearbeitet — mancherlei Quellen konnten neu erschlossen werden, und da gibt es Einblicke, die erschrecken lassen.

Stöcker war, als Kirchenpolitiker, ein leidenschaftlicher und konsequenter Vorkämpfer des Gedankens der Trennung von Staat und Kirche — die Kirche, um ihre Mission erfüllen zu können, sollte nicht in die staatspolitischen Geschäfte verstrickt sein oder verstrickt werden können. Seine Auffassung fand gerade auf der Rechten in diesem Punkt wenig Gefolgschaft; aber er blieb ihr durch all die Jahre seines öffentlichen Wirkens treu und mußte mit ihr auch zu einer Ablehnung des landesfürstlichen Summepiskopats kommen. Das hat er oft genug ausgesprochen, so auch in einer Aufsatzfolge des Frühjahrs 1899.

Dr. Frank ist nun in der Lage, aus den Akten des Evangelischen Oberkirchenrates einen Eintrag des Präsidenten Dr. Barkhausen vom 25. April 1899 zu veröffentlichen:

„Der Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Wirklicher Geheimer Rat Dr. D. von Lucanus, teilte heute dem Unterzeichneten mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König von den unter der Spitzmarke: „Die Leitung der Kirche" in Nr. 2, 3 und 4 der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" von 1899 erschienenen Artikeln Kenntnis genommen und zu befehlen geruht habe, wegen der darin enthaltenen Angriffe auf das landesherrliche Kirchenregiment die Einleitung eines Verfahrens gegen den Hofprediger a. D. Stöcker mit dem Ziel der Entziehung der Rechte des geistlichen Standes in Aussicht zu nehmen.

Außerdem lassen Seine Majestät dem Unterzeichneten den Befehl erteilen, mit dem Herrn Justizminister ins Benehmen zu treten und demselben die Erwägung anheimzugeben, ob nicht auf Grund der gedachten Artikel eine strafrechtliche Verfolgung wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten sei."

Diese paar Zeilen sind ein Dokument, von dem man wünschte, daß die Pfarrer- und Kirchenzeitungen es abdrucken. Eindrucksvoller als lange Erörterungen illustriert es, wie dieser Monarch die kirchlichen Dinge sah, und wessen er an dummer und gekränkter Ueberheblichkeit und Rachsucht fähig war. Es würde gewiß ein Stück charakteristischer Zeitgeschichte sein, das ganze Aktenbündel mitgeteilt zu erhalten — Frank gibt im Weitergang nur knappe Zitate was verständlich ist. Denn er behandelt ja nicht Wilhelm II., sondern Stöcker (und der ahnte von der ganzen Geschichte natürlich nichts). Die Befehle des Kaisers blieben in beiden Fällen ohne Wirkung — das Ministerium gab zur Kenntnis, daß es „jedes Vorgehen gegen Herrn Stöcker für inopportun" halten würde, dem Justizminister erschien „in höchstem Maße zweifelhaft", ob der Richter die kaiserliche Auffassung sich aneignen werde. Und auch im Oberkirchenrat fand man den Ausgang eines Disziplinarverfahrens „mindestens sehr zweifelhaft" — im übrigen widerrief der Oberkirchenrat, und wie es scheint, in nicht gerade schöner Weise dem „bedeutungslosen, halb vergessenen Mann Gelegenheit zu geben, sich als Märtyrer seiner Ueberzeugung als unschuldig Verfolgten zu geberden."

Die Groteske dieser Majestätsbeleidigungsklage ist der Kirche und der politischen Geschichte erspart geblieben — daß, wer eine andere Kirchenverfassung fordert, vor den Kadi gezerrt wird. Aber es genügt schon zu wissen, daß so etwas überhaupt gedacht wurde, und ernsthafte Menschen damit befaßt waren.

Deutschnationalen Pastoren, Superintendenten und auch Generalsuperintendenten zum besinnlichen Ueberdenken anempfohlen.

Was soll werden?

Weltanschauungs- oder wirtschaftliche Interessenpartei!

Das Ergebnis der Wahlen hat außer dem unerwarteten „Ruck nach links" ganz eindeutig den Beweis erbracht, daß der Gedanke der wirtschaftlichen Interessenvertretung durch die politische Partei im Bürgertum festen Fuß gefaßt hat. Diese Tatsache muß mit aller Klarheit erkannt werden, wenn die bisherigen bürgerlichen Weltanschauungsparteien von der fortschreitenden Entwicklung in dieser Richtung nicht überrannt werden wollen. Da hilft kein „Drumherumreden" und kein „Beschönigenwollen"! Die von der Sozialdemokratie vertretene Auffassung von der materialistischen Entwicklung unseres politischen Lebens hat bei den letzten Wahlen gesiegt. Der beste Beweis dafür ist einmal die Neigung des Bürgertums, seine oft ganz einseitigen, eng begrenzten wirtschaftlichen Interessen durch Parteigrüppchen (Splitterparteien) vertreten zu lassen, zum andern aber der Wahlerfolg der Wirtschaftspartei gegenüber den Verlusten der bürgerlichen Weltanschauungsparteien, die doch bei den beiden katholischen Parteien ganz überraschend gekommen sind.

Was soll nun werden? Soll das Bürgertum diesem Zuge der Zeit folgen und seine idealistische Auffassung vom politischen Leben über Bord werfen? Ist dem Bürgertum — insbesondere dem Mittelstand — damit gedient, wenn seine Klassenkampfes einlenkt? — Nie und nimmer. Daswürde politische Willensäußerung in die Bahn des „bürgerlichen" im Bürgertum den wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle bedeuten. Das Bürgertum — ganz gleich, ob fortschrittlich oder konservativ — müßte in so viel Berufs- und Standesparteien zerfallen, wie es überhaupt Berufe und Stände gibt. Auf dem besten Wege dazu sind wir ja bereits. Geht diese Entwicklung weiter, dann muß diese Interessengruppierung nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur politischen Bedeutungslosigkeit des Bürgertums führen; denn den unzähligen bürgerlichen Berufsgruppen steht die ungeheure, wirtschaftlich ganz einheitlich interessierte Masse der Arbeiterschaft gegenüber, die in den beiden sozialistischen Parteien (SPD. und KPD.) eine klare Vertretung ihrer materiellen und ideellen Belange findet. Die Entwicklung zu wirtschaftlichen Interessenparteien muß also folgerichtig eine Stärkung der sozialistischen Parteien bringen und den Boden bereiten helfen zur allgemeinen Sozialisierung. Was also die wirtschaftliche Interessenpolitik des Bürgertums verhindern will, das fördert sie in Wirklichkeit. So wird der Zweck zur Ursache des Gegenteils.

Was soll nun werden? Wie finden wir ein Mittel, um das Bürgertum von diesem verhängnisvollen Wege abzubringen? — Eine Aussprache über diese Frage, einen Austausch von Anregungen unter den demokratischen Freunden unseres Bezirkes herbeizuführen, das ist Ziel und Zweck meiner Ausführungen. Jeder, der jetzt im Wahlkampf praktisch tätig gewesen ist, wird Erfahrungen gemacht haben, die dazu beitragen können, diese Frage, die für die Demokratische Partei vielleicht die Existenzfrage ist, zu beantworten. Wir dürfen die Eindrücke nicht erst verblassen lassen, nicht bis zum nächsten Wahlkreisparteitag warten: dann ist's zu spät. Bis dahin muß m. E. die Frage geklärt sein. Der Parteitag gibt dann die Richtlinien für die weitere Arbeit. Darum frisch ans Werk!

Wenn ich nun im folgenden über meine persönlichen Erfahrungen im politischen Kampfe berichte und versuche, aus diesen Erlebnissen praktische Schlußfolgerungen für die zukünftige Arbeit zu ziehen, so will ich vorausschicken, daß unsere Ortsgruppe den Wahlkampf mit einem Gewinn von 50 Prozent bestanden hat, während die Wirtschaftspartei 35 Prozent verlor. Die beiden anderen bürgerlichen Parteien haben ebenfalls Verluste erlitten, nur die Völkischen konnten — für den Nichtortsansässigen vielleicht eine ganz sonderbare Erscheinung — einen ansehnlichen Erfolg buchen. Wie war das möglich? Ganz einfach dadurch, daß die Völkischen unter Ausnutzung der örtlichen Ereignisse (Bürgermeister-Affäre, Zank und Streit in den städtischen Körperschaften) ihre Agitation auf Sensation eingestellt haben. Allerdings ohne die örtlichen Fragen, etwa zu lösen — im Gegenteil. Aber Herr Wulle hat im Landtag über die Vorgänge in Bad Schmiedeberg Anfragen eingebracht. Er hat sich um die Nöte der Stadt gekümmert: Der Kandidat ist zu seinen Wählern in ein persönliches Verhältnis gekommen, und dafür ist man ihm dankbar gewesen. Auch uns war es geglückt, ein örtliches Ereignis, nämlich einen Wohltätigkeitsskandal der „nationalen" Frauenvereine in der Oeffentlichkeit an den Pranger stellen zu können. Der hat uns viel Sympathie eingebracht — besonders bei den Rentnern, die bei dem Vorkommnis die Betrogenen waren. Also, örtliche Verhältnisse ausnützen, lebendige Verbindung schaffen zwischen Abgeordneten und Wählern! Die völkischen Manieren braucht man ja dabei nicht gerade nachzuahmen. Aber das Interesse des Volkes muß man erst auf irgendeine Weise erwecken. Das zeigt ja auch der Besuch der Wahlversammlungen, die ihre frühere Bedeutung vollkommen eingebüßt haben. Alle Wahlversammlungen in Bad Schmiedeberg waren schlecht besucht — bis auf die mit Herrn Minister Dr. Schreiber und Herrn Wulle. — Mit Zeitungsannoncen, Plakaten und Flugblättern kann man den Bürger nicht mehr aufrütteln, wohl aber damit, daß man ihn in seinem Berufsverein, in seiner wirtschaftlichen Organisation packt. Dort kann man ihm die Gefahren der reinen Wirtschaftspolitik, des „bürgerlichen" Klassenkampfes, am besten zeigen. Der aktive Politiker — auch der im kleinsten Dörfchen — muß ein „Allerweltskerl" werden. Er muß seine Nase überall hineinstecken, aber sich ja nicht etwa auf seine Standesgenossen und politischen Freunde beschränken. Weg mit dem Standesdünkel! Wir müssen den Volksstaat, die soziale Republik, vorleben — vor allem auf moralischem Gebiete! Nur wenn wir selber Opfer bringen, dann können wir andere überzeugen. Weite Kreise unseres Volkes sehen in dem neuen Staate nur ein notwendiges Uebel. Die innere Wärme, die seelische Anteilnahme an der Staatsform und ihren Symbolen fehlen. Die Republik ist uns wie eine überreife Frucht in den Schoß gefallen. Wir brauchten nicht darum zu kämpfen, und keine Opfer zu bringen. Erst als sie 1923 in Gefahr kam, da wurde sie im Volk lebendig, da entstand das Reichsbanner zu ihrem Schutze. Mit dem Reichsbanner können wir unsere weltanschaulichen Ideale im Volke lebendig machen, können wir wieder Begeisterung für den Staat erwecken, vor allem bei der Jugend. Aber Opfer müssen wir bringen nur sie überzeugen. Darum, ihr demokratischen Freunde, nicht schamhaft hinter der Gardine stehen, wenn das Reichsbanner durch die Straßen marschiert! Zeigt Bekennermut! Marschiert an der Spitze! Macht nicht Gesichter, als ob ihr euch entschuldigen wolltet, daß ihr Republikaner seid! Auch viele Geschäftsleute können schon mitmachen, seitdem die Republik gesellschaftsfähig geworden ist. Auf diesem Wege können wir der materialistischen Entwicklung unseres politischen Lebens einen festen Damm entgegensetzen. Lassen wir das Reichsbanner zur sozialdemokratischen Schutztruppe werden, dann haben wir verspielt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280602-13/fragment/page=0003

Das Fehlen einer zentralen, demokratisch eingestellten Tageszeitung machte sich in unserem Bezirk während des Wahlkampfes besonders bemerkbar. nachdem die örtliche Presse die Aufnahme parteipolitischer Artikel ablehnte. Eine demokratische Tageszeitung in Halle, die die örtlichen Ereignisse des ganzen Bezirks bringt — und Mitarbeiter und Berichterstatter werden sich in allen Kleinstädten und auch auf dem Lande finden — ist zur persönlichen Verbindung mit dem Abgeordneten und den Parteiinstanzen unbedingt notwendig.

Zum Schluß noch ein Wort an die leitenden Stellen im Lande. Ich empfehle dem Herrn Minister für W. K. u. V. dem Herrn Innenminister und ihren republikanischen Räten, einmal an einem Verfassungstage hinaus ins Land zu fahren und sich hier und dort ein paar Feiern in den Schulen und bei den Behörden anzusehen. Zu einem großen Teile, — vielleicht zum größten — sind es Veranstaltungen, so sachlich und so neutral, daß jede Begeisterung zum neuen Staate schon im Keime erfrieren muß, auch wenn es im Hochsommer ist. Von Stahlhelmern und Hakenkreuzlern republikanische Feiern veranstalten lassen, d. h.: den Bock zum Gärtner machen. Dann lieber gar keine. Begeistern kann nur der Erzieher, der selbst begeistert ist. Und die Jugend will begeistert werden. Darum: Landgraf, werde hart!

Keilholz, Bad Schmiedeberg.

Die demokratischen Stimmenzahlen

Verluste und Gewinne

Ueber die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Partei zwischen den Dezemberwahlen 1924 und den Wahlen des 20. Mai 1928 gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß, in der die Gewinne und Verluste der einzelnen Wahlkreise prozentual berechnet sind.

Pommern hatte den höchsten Gewinn von 3,9 Prz. es folgt Hamburg mit einem Gewinn von 1,7 Prz.

Den verhältnißmäßig niedrigsten Verlust haben die Demokraten in Ostpreußen zu verzeichnen mit 0,4 Prz. Die weiteren Verluste in den einzelnen Wahlkreisen betrugen in Köln—Aachen — 8,2 Prz., Frankfurt a. O. — 9,6 Prz., Ost-Hannover — 10,9 Prz., Potsdam I — 11,3 Prz., Franken — 14 Prz., Württemberg — 14,6 Prz., Oberbayern—Schwaben — 15,1 Prz., Niederbayern—Oberpfalz — 16,4 Prz., Potsdam II — 17,6 Prz., Leipzig — 19,5 Prz.. Westfalen-Nord — 19,6 Prz., Süd-Hannover—Braunschweig — 20,2 Prz., Düsseldorf-West — 21,7 Prz., Liegnitz — 22,1 Prz., Dresden—Bautzen — 23,3 Prz., Düsseldorf-Ost — 23,8 Prz., Oppeln — 24 Prz., Weser—Ems — 26,7 Prz., Thüringen — 26,9 Prz., Magdeburg—Anhalt — 28,5 Prz., Hessen—Darmstadt — 30,6 Prz., Baden — 31 Prz., Halle—Merseburg — 31,5 Prz., Berlin — 32,3 Prz., Schleswig—Holstein — 32,9 Prz., Westfalen-Süd — 32,9 Prz.. Hessen—Nassau — 33,3 Prz., Breslau — 36,3 Prz., Chemnitz—Zwickau — 37 Prz., Koblenz—Trier — 38,3 Prz., Mecklenburg—Lübeck — 42,7 Prz., Pfalz — 44,5 Prz.

Der Gesamtverlust der demokratischen Stimmen betrug gegenüber 1924 21,8 v. H.

Pommern und Hamburg haben ihre Stimmenziffern gegenüber dem Ergebnis vom 7. Dezember 1924 gesteigert. Gegenüber den Wahlen vom 4. Mai 1924 haben 10 Wahlkreise einen Gewinn zu verzeichnen, und zwar Ostpreußen, Potsdam II, Potsdam I, Frankfurt a. O., Pommern, Oppeln, Köln-Aachen, Oberbayern—Schwaben, Niederbayern und Franken. Besonders günstig ist die Entwicklung in Pommern, wo eine ständige Zunahme der demokratischen Stimmen zu verzeichnen ist. Demgegenüber ist in Dresden—Bautzen, in Chemnitz—Zwickau und in Nordwestfalen eine ständige Abnahme zu verzeichnen, die in Chemnitz ganz besonders groß ist. Groß ist die Differenz gegenüber den Maiwahlen 1924 in den Wahlkreisen Mecklenburg, Magdeburg, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und Koblenz-Trier. Bei den Kreisen Ostpreußen und Osthannover fällt die Stabilität der Ziffern von Wahl zu Wahl auf.

Im ganzen ist zu beachten, daß ein weit überdurchschnittlicher Verlust einmal im Südwesten zu verzeichnen ist, und zwar ist er in der Pfalz mehr als doppelt so groß als im Durchschnitt; nicht viel geringer in Koblenz-Trier und in Hessen-Nassau, Baden und Hessen-Darmstadt immer noch um die Hälfte größer als im Reichsdurchschnitt. Ein zweites Gebiet überdurchschnittlicher großer Verluste ist Mitteldeutschland; besonders auffallend ist der Bezirk Chemnitz-Zwickau mit 37 Prz. Verlust; aber auch Halle ist auffallend ungünstig, und Magdeburg und Thüringen drücken gleichfalls den Durchschnitt nicht unbeträchtlich.

Wen schädigen die Splitterparteien?

Bauern und Handwerker!

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Baden hat einen Aufruf an die Wähler erlassen, in dem es u. a. heißt:

Die Reichstagswahl ist für die Deutsche Demokratische Partei schlecht ausgegangen. Wir sind in Baden etwas hinter den Zahlen der Landtagswahl vom 25. Oktober 1925 zurückgeblieben. Dieses bedauernswerte Ergebnis ist nicht zum wenigsten auf die ungeheure Parteizersplitterung zurückzuführen, der auch unsere badische Bevölkerung trotz ihres gesunden politischen Verstandes zum Opfer gefallen ist. Die Folge ist die, daß — wie wir vorausgesagt haben — außer dem Landwirt Damm, welcher auf der Zentrumsliste, aber auch nur mit Hilfe der württembergischen Stimmen gewählt wurde, kein badischer Bauer in den Reichstag einziehen wird. Wir haben richtig vorausgesehen, daß alle vier ehemaligen Häupter des badischen Landbundes kein Mandat erringen würden. Ebenso betrüblich ist aber, daß ein Handwerker aus Baden überhaupt nicht mehr im Reichstag vorhanden ist. Die Handwerker mögen sich überlegen — soweit sie nicht die Liste Dietrich-Burckhardt gewählt haben und nicht dem Zentrum angehören — was damit erreicht worden ist.

Fast 120000 Stimmen sind in Baden völlig weggeworfen, zwei wertvolle Mandate verscherzt und die politischen Parteien geschwächt worden. Im Reichstag aber wird bei der Uebermacht der Sozialdemokratie und der Schwäche der Mittelparteien jegliche Regierungsbildung für das Bürgertum außerordentlich schwierig werden.

Wunder des heiligen Bürokratius

50 Pfennig Notstandsbeihilfe

Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist in der Tat so: Einer Anzahl kleiner Landwirte in Mewegen, Kreis Randow in Pommern, die im vergangenen Jahre recht schwere Wasserschäden erlitten haben, ist eine Notstandsbeihilfe von sage und schreibe 50 Pfennig ausgezahlt.

Wahlkampf-Blüten

Eine Nachlese

Der kirchliche Anzeiger der Stadtpfarre Spaichingen vom Samstag den 19. Mai enthält zum allgemeinen Mißfallen aller freigesinnten Katholiken folgenden „Ukas" des Stadtpfarrers an die katholische Pfarrgemeinde:

„Vereinskalender" Katholischer Arbeiterverein: Sonntag den 20. Mai nachmittags 3 Uhr Versammlung mit Besprechung über das Freidenkertum und Bericht über die Bezirkskonferenz in Deilingen. — Katholische Arbeiter: 20. Mai ist Wahltag. Das Wahlrecht ruft die Wahlpflicht. Wähle nach deinem christlichen Gewissen! Auch der Wahlzettel kommt einmal ins Gericht Gottes. Was für den katholichen Arbeiter gilt, gilt auch selbstverständlich für jeden andern Katholiken."

In Stockach hat der Pfarrer Stehle nachstehende Rundschreiben an die Gemeindeangehörigen erlassen:

„Liebe Pfarrangehörige! Die Leidenschaften des Wahlkampfes haben manche Gemüter so verwirrt, daß ich mich gezwungen sehe, in letzter Stunde ein klares und unzweideutiges Wort an euch zu richten.

1. Der zu wählende Reichstag hat nicht nur über Steuern und Abgaben zu beschließen, sondern er macht auch Gesetze über Kirche und Schule. Sind die Abgeordneten Kirchenfeinde oder schlechte Christen, so werden die kirchenpolitischen Gesetze ebenso kirchenfeindlich und schlecht.

2. Aus diesem Grund darf ein Katholik seine Stimme niemals einer ausgesprochen kirchenfeindlichen Partei geben. Tut er es in klarer Erkenntnis doch, so ist seine Handlungsweise eine schwere Versündigung gegen Gott, die Kirche und seines katholischen Glaubens. Ein solcher Wähler oder eine solche Wählerin schließt sich ganz von selbst von den heiligen Sakramenten aus und kann nie ein Ehrenamt in der Kirche bekleiden.

3. Es ist auch sündhaft und ungerecht, seine Stimme einer Partei zu geben, die je nach Laune und Vorteil bald für, bald gegen die Kirche stimmt.

Liebe Pfarrangehörige! Seid in diesen öffentlichen Kämpfen zeigt ihr, ob euch euer katholischer Glaube mehr wert ist als Geld, und ob ihr treu zu euren Seelsorger steht, wie ihr es versprochen habt. Laßt euch nicht irreführen, der Herrgott findet und richtet jeden."

Keudell und die völkischen Studenten

Woher stammen die Gelder

Wir lesen im „Nachrichtendienst des Deutschen Studentenverbandes":

Alle deutschen Länder mit Ausnahme von Bayern, Württemberg und Thüringen haben die Erhebung von Zwangsbeiträgen für die völkische Deutsche Studentenschaft untersagt. Trotzdem besteht die Zentrale der Deutschen Studentenschaft in Charlottenburg unverändert fort. Wie der Deutschen Studentenverband aus zuverlässiger Quelle erfährt, erfolgt jetzt die Finanzierung der Deutschen Studentenschaft zum Teil durch rheinische Großindustrielle. Die Etatmittel für das Amt für politische Bildung hat die Deutsche Studentenschaft gestrichen, trotzdem wird diese aber in nächster Zeit drei politische Schulungswochen veranstalten. Es wird außerdem bekannt, daß bereits die letzte Schulungstagung der Deutschen Studentenschaft nicht von dieser finanziert wurde, sondern daß hierzu sowohl der Reichsminister von Keudell, als auch das Thüringische Ministerium ihr Scherflein beigetragen haben sollen. Herr von Keudell will sich übrigens auch noch in einer anderen Angelegenheit für seine studentischen Freunde bemühen; das Deutsche Hochschulamt für Leibesübungen, an dem bisher die Deutsche Studentenschaft maßgeblich und finanziell beteiligt war, soll in Zukunft gleichfalls aus dem Ministerium des Innern von Herrn von Keudell unterstützt werden. Wenn auch die Wahlen den Förderer der völkischen Studentenschaft nicht allzu lange mehr in seinem Ministerium wirtschaften lassen werden, so ist doch die Mitteilung dieser Dinge notwendig. Zum mindesten wird den beteiligten Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern."

Wirtschaftspolitische Aufgaben des neuen Reichstags

Daß die Schwächung der parlamentarischen Mitte die Aussichten einer sachlich zureichenden Lösung der vor uns stehenden wirtschaftspolitischen Aufgaben außerordentlich erschwert, darüber ist gar kein Zweifel. Liebesgabenpolitik anstelle jener Grundsatzpolitik, die aus der Lage der Wirtschaft die sachlich gebotenen Zielsetzungen erkennt und an ihnen festhält, ist von jeher eine Vorliebe der politischen Extreme gewesen. Die deutschnational beeinflußte Reichsregierung und Reichstagsmehrheit hat Liebesgabenpolitik getrieben, hat die Erlaubnis gewisser reaktionärer Kreise zur Mitarbeit am republikanischen Staate durch Geschenke erkaufen müssen und hat auch eine Sozialpolitik getrieben, der man deutlich die Absicht anmerkt, durch Liebesgaben das Mißtrauen der werktätigen Bevölkerung gegen die soziale Gesinnung der Deutschnationalen Volkspartei zu widerlegen. Wird es jetzt anders werden?

— Die Stärkung der Sozialdemokratie, der besondere Druck ihres kommunistischen Nachbarn auf den radikalen Flügel der Partei legt die Befürchtung nahe, daß die Zeit des Experimentierens, des Schematisierens, des sachlich unzulänglichen Übergreifens der Ämter in die Wirtschaft nach nicht vorüber ist. Auch die Sozialdemokratie besitzt nicht die innere Freiheit, wirtschaftspolitische Fragen sachlich zu stellen und zu lösen, eine Freiheit, wie sie der modernen Liberalismus allein eigen sein kann. Denn dieser nicht jene ungebundene Zügellosigkeit des Erwerbsstrebens, ohne Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit auf der einen Seite wirtschaftlich anerkennenswerte Leistungen, auf der andern aber nur Spannungen, Unzufriedenheit und jene verzweifelte Stimmung breitester Schichten schafft, aus der schließlich Kräfte wachsen, die jede Ordnung der Wirtschaft und des Staates gefährden. Moderner Liberalismus, das heißt Freiheit zur sachlichen Arbeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, Unabhängigkeit von Sonderwünschen, mögen sie nun von engeren oder weiteren Interessengruppen geäußert werden, bedeutet Anerkennung einer über den Interessen stehenden, sie im Endziel versöhnenden Objektivität der wirtschaftspolitischen Führung. Das gilt sowohl auf dem Gebiete der Handelspolitik, der Steuer- und Finanzpolitik wie auf dem der Sozialpolitik, dessen Aufgaben sich der moderne Liberalismus nicht entziehen, sondern die er sachlich lösen will, um gerade dadurch ein Maß von sozialpolitischer Zuverlässigkeit zu beweisen, das von niemanden übertroffen werden kann. Weil das der Fall ist, darf die Schwächung der parlamentarischen Mitte mit Recht als ein sachlicher Verlust für die deutsche Wirtschaft bezeichnet werden und es muß im ihrem Interesse erwartet werden, daß die liberalen Kräfte im Parlament die Notwendigkeit erkennen, den zahlenmäßigen Verlust durch festeren Zusammenhalt und klare Herausarbeitung objektiv verbindlicher Zielsetzungen wettzumachen. Der Aufgabenkreis ist groß und die einzelnen Aufgaben dringlich genug, um die Forderung auf Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Kräfte zu rechtfertigen. Der neue Reichstag wird sich auf dem Gebiete der Finanzpolitik mit der außerordentlich schwierigen Aufgabe zu befassen haben, die deutsche Wirtschaft nicht nur, soweit überhaupt unter der Voraussetzung einer Verwaltungsreform möglich, von dem ungeheuren Steuerdruck, sondern vor allem auch von der Vielzahl der Steuern und Umlagungen und der damit verbundenen Reibung und Leerlauf arbeit zu entlasten. Das Steuervereinheitlichungsgesetz, das in Verabschiedung der letzte Reichstag nicht zustande brachte, wird ebenso wie die zwangsläufige Neuvorlage des endgültigen Finanzausgleichs Gelegenheit geben, alle die großen bis zusammenhängenden Reformfragen zu behandeln. Nicht zuletzt wird durch die Steigerung der Reparationsannuitäten kommenden Jahr und durch die immer weitergehende Bewirtschaftung des Transferproblems der Reichstag irgendwann einmal zur Neuordnung der Reparationsfrage, wenn auch kaum aus eigener Initiative, so doch auf die Initiative der Reparationsgläubiger hin Stellung nehmen müssen. Nach wie vor bleibt die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe Deutschlands die Senkung der Produktionskosten. In dieser Beziehung hat der alte Reichstag völlig versagt. Der Ablauf des Zolltarifgesetzes wird nach dieser Seite hin Gelegenheit geben, das Instrument der deutschen Handelsvertragspolitik aus dem bisherigen Zustand der Liebesgabenverteilungsschlüssels zu einem sachlich zureichenden Verhandlungsinstrument zu machen. Der neue Reichstag sich auch mit der Kartellfrage beschäftigen müssen. Nicht im Sinne einer demagogischen Hetze gegen das Kartellwesen, sondern unter Anerkennung der Vielgestaltigkeit der Kartellformen und Verschiedenartigkeit ihres wirtschaftlichen Einflusses, unter Schonung berechtigter Interessen, aber doch auch mit dem Ziele, den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen dort zu bekämpfen, wo er Allgemeininteressen schädigt. Denn die übermäßige Bürokratisierung der leitenden Instanzen der deutschen Produktion und des Absatzes ist auf die Dauer angesichts der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft auf die vielen Verbindungen des Weltmarktes ein- und umzustellen, die ohne Zutun während des Krieges und nach ihm sich vollzogen haben, höchst bedenklich. Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik harren Aufgaben, deren Lösung das jetzt auf diesem Gebiete übliche Schematisieren vermeiden muß. Schließlich kommt es auch im Grunde doch darauf an, daß die für soziale Zwecke aus der Wirtschaft genommenen Mittel nach dem Gesichtspunkt höchster Zweckmäßigkeit verwandt werden. Eine Art Nationalisierung sozialpolitischen Betriebes ist im Interesse der von der Sozialpolitik zu unterstützenden Volksschichten dringend zu fordern. Es handelt sich alles in allem um einen Kreis von Aufgaben, die innerlich so stark miteinander zusammenhängen, daß man im Interesse ihrer volkswirtschaftlich zureichenden Erledigung hoffen muß, daß diejenigen Kräfte sich im Reichstag zusammenfinden, die eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Arbeit zu leisten mögen.

H. F.

Bezirk Halle

Falkenberg. Freitag, den 8. Juni, Mitgliederversammlung. Die Versammlung wird sich mit wichtigen Fragen aus dem Wahlergebnis beschäftigen. Referent: Der Bezirksvorsitzende Renker.

*

Halle. Die Geschäftsstelle ist zurzeit mit einer Zusammenstellung des Wahlergebnisses in sämtlichen Kreisen des Bezirkes und für alle Orte, an denen unsere Redner gesprochen haben, beschäftigt. Es wäre sehr wünschenswert, daß auch in jedem Kreisverein seitens des Vorstandes eine gleiche Zusammenstellung für den Kreis erfolgte. In Kürze werden wir doch die Freunde im Lande zu einem Vertreter tag nach Halle bitten müssen, auf dem dann ein Austausch der Erfahrungen im Wahlkampf erfolgen muß. Dabei können die Zusammenstellungen eine gute Handhabe bieten.

Für heute bringen wir einen Artikel unseres Parteifreundes Keilholz in Bad Schmiedeberg, der sehr Richtiges enthält. Wir wären dankbar, wenn auch andere Freunde aus dem Bezirk ihre Ansicht äußern würden.

Beschlagnahmefreie Wohnung
2 lichte Räume
ca. 40 qm und Zubehör in Einfamilienhaus (Norden) nicht unter der Erde, ab Juni zu vergeben an ruhige, vertrauenswürdige Familie. Schriftliche Bewerbung an die Redaktion dies. Blattes.

Homöopath. Biochemische Krankenbehandlung
Maaßen, Magdeburg Prälatenstraße
Telefon 9212. Sprechstund. Wochentags Sonntags 9—11 Uhr. Donnerstags Sprechstunden. — Hausbesuch

Herren mit guten Beziehungen Landwirtschaft zwecks waggon Lieferung von
Speisekartoffeln und H
gesucht. Spätere Filialübernahme möglich. Telefonische Preisofferte bittet Max von der Lühe, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue
Fernruf Uhland 5888.

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau
Poststraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280602-13/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. – Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. – Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. – Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. – Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 22 | Halle, 2. Juni 1928 | 4. Jahrgang

Um die große Koalition

Die Neubildung der Reichsregierung

Die Erörterungen über die Neubildung der Reichsregierung eilen den Ereignissen weit voraus. Zur Stunde sind die neu gewählten Abgeordneten nur in geringer Zahl in Berlin anwesend, so daß eine wirkliche Fühlungnahme nicht erfolgen kann. Sie hätte auch wenig Zweck, da der Reichspräsident die Parteiführer erst nach dem Rücktritt des jetzigen Kabinetts empfangen will. Vorher wird jedenfalls kein Auftrag an irgendeine Persönlichkeit erteilt werden. Ob dieses Verfahren richtig ist, mag strittig bleiben. Die Regierung ist noch im Amt, und Hindenburg empfindet es wohl als taktvoll, solange mit der Neubildung zu zaudern, bis die Herren von selbst ihm ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben. Sachlich ist es nicht ganz unbedenklich, da man allgemein mit einer langen Dauer der Krise rechnet, die sich sehr wohl bis in den Juli hinein ziehen kann. Daß auf der Genfer Tagung keine verantwortliche deutsche Regierung vertreten ist, mag noch hingehen. Zumal fehlen Briand und Stresemann, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert werden, sodann ist die Tagesordnung nicht gerade überwältigend. Es sind die üblichen Streitigkeiten zwischen Rumänien und Ungarn, zwischen Litauen und Polen, alles Dinge, bei denen unser Interesse auch durch Staatssekretär von Schubert wahrgenommen werden kann. Was aber drängt, sind die wirtschaftlichen Entscheidungen. Wir müssen endlich Klarheit darüber gewinnen, ob die Erhöhung der Eisenbahntarife bewilligt wird, die von einschneidender Bedeutung werden können, und ferner die Forderungen einzelner Industrien, namentlich der eisenverarbeitenden, auf Erhöhung ihrer Preise. Beschlüsse können jetzt nicht gefaßt werden, weil eine Regierung in Liquidation nicht ihre Nachfolgerin binden darf.

Kombinationen

Es ist selbstverständlich, daß man sich in der Oeffentlichkeit mit der Frage beschäftigt, auf welcher Basis die künftige Politik Deutschlands geführt werden soll. Solange man sich dabei bewußt bleibt, daß es sich um theoretische Betrachtungen handelt, ist dagegen wenig einzuwenden, zumal es ganz gut ist, wenn das deutsche Volk durch seine berufenen Organe, die Zeitungen, seine eigenen Wünsche und Ansichten äußert. Nur hat es wenig Zweck, sich schon über Einzelheiten zu streiten oder in das Rätselraten über Persönlichkeiten einzustimmen, solange nicht die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Mit Sicherheit kann niemand heute sagen, ob es gelingt, die Große Koalition zu schaffen. Kräfte sind genug am Werk, um diese eine tragbare Grundlage zu erzielen. Aber ebenso wenig darf man verkennen, daß sich auch die Widerstände regen. Sie in ihrer Wirkung abzuschätzen, ist vorläufig unmöglich. Erfahrungsgemäß hängt alles von taktischer Geschicklichkeit und persönlichen Einstellungen ab. Deshalb hat auch die Frage, was geschehen soll, wenn eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei nicht erreicht werden kann, vorläufig keinen praktischen Wert. Dabei ist es gar nicht ausgeschlossen, daß wir eines Tages vor diese Frage gestellt werden, die dann Antwort heischt. Ob eine ausreichende darauf gegeben werden kann, ist zweifelhaft. In diesem Falle wäre die Auflösung des Reichstags vermutlich der Weisheit letzter Schluß. Das auszusprechen, erscheint uns nötig, damit sich gewisse Kreise klar darüber werden, welches gefährliche Spiel sie treiben. Wir wissen allerdings sehr wohl, daß im bürgerlichen Lager einzelne Elemente dieses Ende mit Schrecken geradezu herbeisehnen, weil sie glauben, im Trüben fischen zu können. Darauf rechtzeitig hinzuweisen ist unbedingt erforderlich.

Der Kampf in der Sozialdemokratie

Schon jetzt zeigt sich klar genug, daß die Sozialdemokratie nicht nur verstärkt, sondern auch radikalisiert in den Reichstag zurückkehrt. Namentlich gilt das vom Freistaat Sachsen, in dem ja auch schon vor dem Kriege der linke Flügel seine besten Positionen besessen hat. Hätten die Kommunisten eine Niederlage erlitten, so wäre es vermutlich den Führern leicht gewesen, diese Widerstände zu brechen. Heute aber, wo die kommunistische Fraktion mit 54 statt 45 Mandaten in den Wallotbau einzieht, übt sie zweifellos eine erhöhte Anziehungskraft auf den linken Flügel der Sozialdemokratie aus. Ein Blick in die Blätter dieser Richtung, wir erwähnen nur Dresdner und Leipziger Volkszeitung, lehrt, daß mit diesen Kreisen schwer zu arbeiten sein wird. Sie haben auch schon den Antrag gestellt, den Parteitag einzuberufen, um dort gegen jede Gemeinschaft mit bürgerlichen Parteien Sturm zu laufen. Darüber wird man sich am 6. Juni in Köln auseinandersetzen müssen. Die Tagung des Parteiausschusses in der rheinischen Metropole kann für unsere innere Politik geradezu entscheidend werden. Wie sich das Kräfteverhältnis zueinander gestaltet, wissen wir nicht. Wenn man sich aber daran erinnert, daß Hermann Müller und Wels schon um die Wende von 1926 zu 1927 bei dem Versuch, die Große Koalition herbeizuführen, gescheitert sind, wird man die Schwierigkeiten jetzt nicht unterschätzen. Es kommt alles darauf an, ob sie die Schwankenden mit sich reißen. Trotzdem sind dann nicht alle Gefahren behoben. Es ist sehr wohl denkbar, daß sie, um überhaupt für diese Politik eine Mehrheit zu erzielen, erhebliche sachliche Zugeständnisse machen müssen. Schon jetzt verlautet, daß ihre Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, sowie auf finanziellem für die Nachbarparteien schwer tragbar werden. Werden sie überspannt, so haben jene Kreise der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die nur sehr widerwillig ein Bündnis mit der Linken eingehen würden, den gewünschten Vorwand, um die ganzen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Man braucht Müller-Franken um die Aufgabe, die ihm hier erwächst, nicht zu beneiden.

Die Deutsche Volkspartei

Wir halten es für angebracht, auf die Hemmungen hinzuweisen, die von Herrn Scholz und seinen Freunden ausgehen. Es ist kein Geheimnis, daß sie durch die Vorgänge des letzten Jahres nicht sonderlich viel zugelernt haben. Ihre Liebe zu den Deutschnationalen ist noch nicht erloschen. Ob sie die Kraft haben, ihren Willen durchzusetzen, ist eine andere Frage. Es kommt schließlich auf eine Machtprobe zwischen ihnen und den Liberalen in der Partei an, wobei die Erkrankung Stresemanns sich als ein Minus herausstellen wird. Er selbst wäre wahrscheinlich in der Lage, auf dem Parteiausschuß durch seinen Namen und seine Beredtsamkeit eine Mehrheit hinter sich zu bringen. Einen anderen, der die gleiche Ueberzeugungskraft besitzt, kennen wir nicht. Viel hängt natürlich von der Haltung der Sozialdemokraten ab. Sind sie, wie der Vorwärts am Sonntag ausführte, bereit, durch Verzichtleistungen die gemeinsame Arbeit zu fördern, so wird Herr Scholz wohl oder übel die Große Koalition mitmachen müssen. Anders kaum. Ein kritischer Punkt ist dabei Preußen. Die Volksparteiler haben den dringenden Wunsch, auch dort in die Regierung einzutreten, wogegen sich wenig sagen läßt. obwohl die Landtagsfraktion in ihrer Zusammensetzung weit mehr nach rechts neigt, als die im Reichstage. Es ist nicht undenkbar, daß hier eine Parteikrise heraufbeschworen wird, von der man nur wünschen kann, daß sie die seit langem dringend notwendige Klärung auch tatsächlich bringt.

Liberale Arbeitsgemeinschaft

Ein Berliner Blatt hat in diesen Tagen behauptet, daß die liberale Arbeitsgemeinschaft bereits auf dem Wege sei und dabei besonders betont, daß der Gedanke in der Deutschen Volkspartei Wurzeln gefaßt habe. Das erscheint uns etwas voreilig. Eine solche Arbeitsgemeinschaft kommt nur zwischen den Fraktionen in Betracht, die zurzeit noch gar nicht vorhanden sind. Wenn die deutschnationale „Berliner Börsenzeitung“ höhnt, die Volkspartei werde sich nicht mit dem sinkenden Schiff der demokratischen Partei belasten, so ist das bewußte Quertreiberei, die der Angst entstammt. Verloren haben alle bürgerlichen Gruppen. Die Strömung war ihnen nicht günstig, und die Schuld daran trägt Herr von Keudell mit seinen Kollegen, die den nötigen Wind gemacht haben. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn man ruhig und sachlich dieses Problem betrachtet. So wie die Dinge liegen, werden Deutsche Volkspartei und Demokraten im Reichstage kaum noch zur Geltung kommen. Der Volksparteiler kann erst nach dem Kommunisten das Wort ergreifen, und die Demokraten, falls sich die Wirtschaftspartei noch mit irgendwelchen Splittern verbindet, nach dieser. Auch der Zusammenschluß der Bauerngruppen, der offenbar bevorsteht, würde sie um eine Stelle in der Rednerliste zurückdrängen. Das ist reichlich unerfreulich. Bei einer Arbeitsgemeinschaft würde jedoch der Sprecher noch vor dem Zentrum auf der Tribüne erscheinen, ehe die allgemeine Aufmerksamkeit abgestumpft ist. Es hätte aber auch taktisch einen großen Vorzug. Die Sozialdemokratie muß dann mit beiden gemeinsam verhandeln. Man wäre also im Reich und in Preußen dann von selbst auf dem Weg zur Großen Koalition, oder hätte, wenn diese scheitern sollte, dann die Möglichkeit, gemeinsam vor die Wähler zu treten und durch Listenverbindung zu verhindern, daß wieder wie diesmal wichtige und bedeutende Abgeordnete in ihren Kreisen — wir erinnern nur an Freiherrn von Richthofen und Brodauf — unterliegen. Daß in weiten Kreisen des Bürgertums eine starke Stimmung für eine solche Annäherung vorhanden ist, geht auch aus der Presse hervor. Blätter, wie die „Kölnische Zeitung“, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ oder die Vossische, sind unter dem Eindruck des 20. Mai dafür eingetreten. Es ist nicht undenkbar, daß schon in nächster Zeit irgendetwas in dieser Richtung geschieht.

Krise in der deutschnationalen Partei?

Aus einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geht hervor, daß Graf Westarp die Absicht hat, die Führung der Deutschnationalen niederzulegen. Man könnte ihm einen solchen Entschluß nachfühlen, denn seine Politik hat ein völliges Fiasko erlitten. Es scheint aber, als ob es sich hier um eine Demonstration handelt, und er eine Vertrauenskundgebung herausfordern will. Das wird in einem Schlußsatz angedeutet, wonach er bereit wäre, eine neue Betrauung anzunehmen. Wir selbst stehen diesen Dingen kühl und abwartend gegenüber. Unser Interesse an einer Gesundung dieser Partei ist sehr gering. Es erscheint auch besser, wenn sie ihre Entwicklung allmählich durchmacht und an ein Ziel gelangt, das ihr Männer wie Treviranus oder Lindeiner-Wildau stecken. Solange aber Leute vom Schlage des Oberfinanzrats Bang oder Hugenbergs in ihren Reihen fechten, hätte auch ein Wechsel in der Führung gar keinen Sinn. Sie wird eines Tages auseinanderbrechen müssen, weil sie unvereinbare Gegensätze in sich birgt. Das durch eine neue Leitung zu verhindern, entspricht nicht dem Nutzen der Republik.

Die Sozialisten Frankreichs

Der Sozialistische Parteitag in Toulouse hat ergebnislos geendet. Man hat zwar einstimmig eine Entschließung angenommen, aber gerade das beweist, daß man die Gegensätze nur überbrückt, nicht ausgeglichen hat. Der linke Flügel unter Faure mußte auf ein Zusammengehen mit den Kommunisten verzichten, wofür der rechte unter Paul-Boncour und Renaudel die Kampfansage gegen das Kabinett Poincaré hingenommen hat. Es ist das ein Erfolg der hinreißenden Beredsamkeit Leon Blums, der ungefähr in der Mitte steht. Praktisch läuft es darauf hinaus, daß sich die Sozialisten wieder ausschalten, während Poincaré selbst bereit schien, sie in sein Kabinett hineinzunehmen. Hoffentlich wirkt dieser Fehler nicht als Beispiel auf die deutschen Sozialdemokraten zurück.

Italien und Jugoslavien

Der Balkan ist heute genauso wie früher eine Gefahrenzone Europas. Die Kabinette in Belgrad und Rom mögen noch so eingehend miteinander verhandeln, um eine Lösung der albanischen Frage herbeizuführen, die Volksleidenschaft bricht sich immer gewaltsamere Bahn. Dabei hat es keinen Zweck, die Schuld zu verteilen. Was sich in Belgrad ereignet hat, ist gewiß nicht zu verteidigen. Die diplomatischen Gebäude sind international geschützt. Jede Demonstration dagegen zwingt die eigene Regierung zu Genugtuung und Entschuldigung. Auf der anderen Seite kennen wir das herausfordernde Verhalten der Fascisten, die ja eben erst in Innsbruck zur Feier des Kriegseintrittstages auf dem Konsulat die Flagge gehißt und damit dort Unruhen hervorgerufen haben.

Richard May.

De[…]gebnis

[…]gsblatt der
Deutsc[…]ben:
[…]zialistischen
Partei[…]uppen. Die
soziali[…] rund an
1 875 […] Wirtschafts-
partei, […]n Splitter-
grupp[…]924. Dem-
gegenü[…]ringen Ge-
winn […]eutschnatio-
nalen […] der Verlust
der vi[…]men.
[…] Bedeutung
des W[…]chen Presse
leider […] ist: Die
Mitt[…]ual nicht
so sta[…]ionalen;
ihr G[…]nommen
fast e[…]nalen Ver-
lustes […] besonders
stark i[…]igen Vor-
gehens […] aber nach
Zusam[…] sehr bald
bemerk[…]n, die bei
den Re[…], wieder Anschluß bei den Deutschnationalen finden. Die Deutschnationalen bleiben unbestritten die zweitstärkste Partei. Sie haben eine längere Regierungszeit freilich mit dem Verlust von 24 Mandaten bezahlen müssen. Das sind aber noch immer nicht 25 Prozent ihres bisherigen Bestandes. Wenn man in Betracht zieht, daß die Deutschnationalen in erster Linie für den Regierungskurs verantwortlich waren, so hätte man den Verlust wohl höher veranschlagen können. Daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19280602-13/fragment/page=0005